

Chronik der Kriegsfinanzen

Die Reichsbank verzeichnet am 15. November eine Zunahme um 173,1 Mill. auf 11 688,10 Mill. *M.* an Wechseln und Schatzanweisungen, der eine Vermehrung der fremden Gelder um 196,8 Mill. auf 5726,2 Mill. *M.* entspricht. Im Vorjahr war die Wechselanlage um 435 Mill. *M.* gestiegen.

Der Betrag der umlaufenden Noten verringerte sich um 40,4 Mill. auf 10 363,8 Mill. Die Silberrückflüsse dauern an. Die Bank weist eine Vermehrung des Metallbestandes um 6,4 Mill. auf, darunter 121 000 *M.* Gold.

An Darlehnskassenscheinen wurden in Verkehr gesetzt 18,5 Mill. (i. V. 48,8). Der Darlehnsbestand der Kassen ist um 0,9 auf 6740,7 Mill. gestiegen.

Auf die Kriegsanleihe wurden 366,5 Mill. eingezahlt. Die Gesamtsumme der Einzahlungen beläuft sich nunmehr auf 11 222,5 Mill. *M.*, gleich 90,1 % des bisher ermittelten Zeichnungsergebnisses.

Einem Bericht des österreichischen Budgetausschusses ist zu entnehmen, daß der Staat bis zum 25. Mai 1917 an Lombarddarlehn bei der Österreichisch-Ungarischen Bank 9256,8 Mill. Kr. aufgenommen hatte. Bei einem österreichischen Bankenconsortium sind 5,7 Milliarden Kr. in Form von „Kontokorrentvorschüssen“ geteilt.

Der Zahlungsverkehr auch der verbündeten Mittelmächte mit der Türkei wird nunmehr dem Erlaß vom 23. August 1917 gemäß geregelt werden. Passagiere, die nach der Türkei reisen, dürfen dort nur Papiergeld bis zur Höhe von 1000 *M.* oder 1500 Kr. einführen. Andere Schecks und Kreditbriefe werden beschlagnahmt, wenn sie nicht den Sichtvermerk der deutschen oder der österreichisch-ungarischen Devisenzentrale tragen. Bei der Abreise ist die Mitnahme von 1000 *M.*, 1000 Kr., 1000 Lei oder 50 Ltq. in Papiergeld oder Schecks ohne weiteres erlaubt; bei größeren Summen ist die Erlaubnis der Devisenkommission einzuholen.

Der am 7. November veröffentlichte Ausweis des englischen Schatzamts zeigt zum ersten Mal seit längerer Zeit eine Erhöhung der „zeitweiligen Vorschüsse“ um 14 Mill. £. Die Ursache liegt in dem Rückgang der Steuer- und Anleiheerinnahmen. Von Schatzwechseln wurden verkauft 61,7 Mill., zurückgezahlt 56,4 Mill. £. Aus dieser Quelle sind dem Schatzamt also nur 5,3 Mill. £. an neuem Geld zugeflossen. Die National War Bonds enttäuschten noch mehr als in der Vorwoche: der Erlöszugang auf 14,9 Mill. £. zurück. An Steuern usw. gingen 8,8 Mill. ein, davon 3,4 Mill. aus der Kriegsgewinnsteuer. Die eigentlichen Ausgaben betrugen 55,7 Mill., täglich also 7,9 Mill. £., die gesamten Ausgänge des Schatzamts 113,2 Mill. £. Das Schatzamtsguthaben fiel um 0,6 Mill. auf 21,3 Mill. £.

Bei der Bank von England nahm in der zweiten Novemberwoche das Staatsguthaben um 1,3 auf 42,2 Mill. £., das Privatguthaben um 0,5 auf 120,5 Mill. £. ab. Damit geht parallel eine Einschränkung des Wechselportefeuilles um 1,1 auf 90,1 Mill. und ein Rückgang des Barvorrats um 0,6 Mill. auf 55,6 Mill. Der Posten Regierungssicherheiten nahm um 162 000 £. ab; er beträgt jetzt 58,7 Mill. £. Der Notenumlauf beharrt bei 42,4 Mill. £.

Der Einfuhrüberschuß im Oktober bleibt mit 39,4 Mill. £. nur hinter den August- und Septemberzahlen dieses Jahres zurück. Die Ausfuhr (50,8 Mill.) ist die höchste, die ein Monat dieses Jahres aufzuweisen hat. Die Einfuhr (90,2 Mill.) ist um 7 Mill. £. höher als im Vormonat; sie wird nur von der Augusteinfuhr (96 Mill.) übertroffen.

Die National War Bonds haben in den ersten vier Wochen 84 Mill. £. erbracht, täglich also 2 1/2 Mill., während insgesamt durch Kredite mindestens 6 Mill. täglich zu decken sind. Der Manchester Guardian (7. Nov.) wirft die Frage auf, ob nicht die deutsche Methode: zwei Mal im Jahre eine große Anleihe aufzunehmen, vor der englischen Theorie den Vorzug verdiene, nach der eine „kontinuierliche“ Anleihe höhere Erträge bringen müsse.

Die englische Schuld an die Vereinigten Staaten wird Anfang November mit 372 Mill. £. angegeben.

Die Indexzahl des „Economist“ ergibt für Oktober mit 5701 einen Höchststand. Seht man das Preisniveau für den Durchschnitt der Jahre 1901–1905 gleich 100, so weist der Juli 1914 eine Steigerung um 16 %, der Oktober 1917 eine Steigerung um 159,1 % auf. Die Preissteigerung des letzten Monats betrifft ganz überwiegend die Textilgruppe.

Die australische Freiheitsanleihe hat nach einer Meldung von Anfang November bisher 19 651 000 £. ergeben, nach einer späteren Meldung über 20 Mill. £. Insgesamt sind bisher in Australien zu Kriegszwecke 100 Mill. £. aufgenommen worden.

Die kanadischen Kredite zum Ankauf von Munition, Weizen, Käse und Fleisch betragen jetzt 598 Mill. \$. Nach Neujahr sollen noch 100 Mill. \$ angefordert werden. Die Kredite werden von den Banken gewährt und dienen angeblich nur der Bewegung der Ernte bis zur Rüste.

Die kanadische 5 1/2 %ige Freiheitsanleihe, die Mitte November aufgelegt werden sollte, soll 30 Mill. £. erbringen. Die Stücke haben eine Lauffrist von 5, 10 und 20 Jahren.

Der französische Staatshaushaltsplan für 1918 sieht 8 Milliarden Frs. Zivilausgaben vor. Davon sind durch ordentliche Einnahmen 6 1/2 Milliarden gedeckt. Weitere 1 1/2 Milliarden sollen durch neue Steuern aufgebracht werden.

Wie es um den französischen Staatskredit und um die Lasten des Staates steht, zeigt folgende Berechnung Barriols, des Direktors des Institut des Finances et des Assurances: Die neue französische Kriegsanleihe verzinst sich bei vierteljährlicher Zinszahlung:

1. als „ewige Rente“ gedacht, mit 5,9595 %;
2. bei völliger Rückzahlung im Jahre 1943 mit 6,73 %;
3. bei Konversion in 3 1/2 % Rente in 25 Jahren und 3 % Rente in 30 Jahren mit 5,66 %.

Nach Mitteilungen des belgischen Finanzministers erfordert die Kriegführung einen monatlichen Aufwand von 50 Mill. Frs. An die Vereinigten Staaten sind monatlich für das amerikanische Hilfswerk 37 1/2 Mill. Frs. zu zahlen. Die Kosten der belgischen Verwaltung belaufen sich auf jährlich 30 Mill. Frs.

Der Zinssatz für die italienischen Schatzscheine ist vom 5. November ab um 1/4 % erhöht worden.

Das Börsenmoratorium für die Eisenbahnwerte (Dekret vom 25. Juni 1917) ist bis 60 Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages verlängert worden.

Die russischen Banken, deren Einlagen — angeblich infolge der Steuerung — nicht mehr zunehmen, haben ihren Diskont- und Lombardkredit erheblich eingeschränkt.

In New York ist der Rubelkurs von 13.50 (3. Nov.) auf 11.75 (9. Nov.) gefallen.

Die Gesamtsumme der Einlagen bei den russischen Reichs-sparcassen betrug am 1./14. Oktober 4915,8 Mill. Rbl.

Nach einem Bericht des britischen Handelsattachés in Petersburg soll sich die vorige russische Regierung davon überzeugt haben, daß in einigen Fällen Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer das Gesamteinkommen übersteigen.

Die Niederlande geben 70 Mill. Gulden Schatzpromissen und 4 1/2 % Schatzscheine aus, die am 7. Februar rückzahlbar sind.

Nach einer amtlichen holländischen Statistik stieg die Zahl der in Amsterdam ansässigen Jesuiten während des Krieges mit einem Einkommen von

10 000 bis 20 000	von 1320	auf 1691
20 000	" 30 000	" 343 " 442
30 000	" 40 000	" 196 " 256
40 000	" 50 000	" 76 " 146
50 000	" 100 000	" 135 " 292
über 100 000	" 62	" 167

Bei der Bank von Spanien erhöhte sich der Goldbestand nach dem Ausweis vom 10. ds. Mts. um 2,25 Mill. auf 1955,6 Mill. Pesetas. Der Silberbestand ging um 5,4 auf 719,4 Mill. zurück. Der Notenumlauf stieg um 17,5 auf 2765,8 Mill.

Die Bank nimmt Gold nur mit einem Abzug von 6 % an.

Bis Ende September hatten die Vereinigten Staaten mit ihrem Eintritt in den Krieg einen Goldausfuhrüberschuß von 64,5 Mill. zu verzeichnen. Für die ersten neun Monate 1917 ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 164 Mill. \$, für die Zeit vom August 1914 bis Ende September 1917 ein Einfuhrüberschuß von 1047 Mill. \$.

Die Senkung der Wertpapierkurse wird in Wall Street mit der Vorbereitung auf die Kriegsanleihe und mit der Ver-

änderung der Verzinsungsbasis erklärt. Bisher warfen Anlagewerte vielfach 3 1/2—4 % ab. Bei einer 4 % Staatsanleihe müssen sie eine Rente von mindestens 5 % ergeben. Auch Verkäufe der skandinavischen Länder werden erwähnt, die auf politische Befürchtungen zurückzuführen sind. Schließlich wird daran erinnert, daß nun viele Kredite fällig werden, die englische und französische Schuldner vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg aufgenommen haben. Die damals hinterlegten Wertpapiere müssen jetzt in vielen Fällen verkauft werden.

Von den 11 500 Mill. \$ Kriegskrediten, die Anfang Oktober bewilligt wurden, sollen 4000 Mill. \$ den Verbündeten geliehen werden. 2000 Mill. \$ werden in Form von Schatzanweisungen auszugeben.

Von dem Kriegsteuergesetz erwartet man im ersten Jahre eine Mehreinnahme von 2500 Mill. \$.

Die täglichen Kriegskosten der Vereinigten Staaten im Oktober wurden auf 42,6 Mill. \$ angegeben. An Frankreich sollen im November und Dezember 310 Mill. \$ Kredite gewährt werden.

Zur Stützung des kanadischen Wechselkurses hat das Bundes-Reserveamt der Vereinigten Staaten der kanadischen Regierung auf ihr Ersuchen einen Kredit von 25 Mill. \$ angeboten.

Das Schatzamt erwägt eine Abänderung der Bestimmung, nach der die Mitgliedsbanken nur in der Höhe ihres Eigenkapitals und ihrer Reserven auf sich ziehen lassen dürfen.

Die in New York am 1. Oktober zahlbare Quartalsdividende des Stahltrusts ist Mitte November in Amsterdam noch nicht ausgezahlt gewesen — angeblich weil es unmöglich ist, Dollars in größeren Beträgen in Amsterdam zu verkaufen. Das ist eine seltsame Art, sich als Weltbankier einzuführen. . . .

K. S.

Bericht über den Weltmarkt für Getreide

(erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“)

Weizen. Der New Yorker loco Preis für Winterweizen ist in der vorliegenden Berichtsperiode unerändert 226 geblieben.

Wenngleich die Nachrichten über die Ausfaat der neuen amerikanischen Wintersaaten durchweg günstig klingen, so überrascht doch die Mitteilung des „Modern Miller“, daß die Anbaufläche in West-Kansas nur der des letzten Jahres gleichkomme. Berücksichtigt man, daß der Staat Kansas fast den vierten Teil der amerikanischen Winterweizenernte hervorbringt, so scheint diese Meldung jedenfalls gegen eine wesentliche Vergrößerung der gesamten Anbaufläche für Winterweizen in der Union zu sprechen.

Wenn die Berichte unserer deutschen Tagespresse aus England und Frankreich melden, daß diese Nationen von der amerikanischen Regierung fortgesetzt zu äußerster Sparsamkeit im Getreideverbrauch angehalten werden, und wenn die Union es gleichzeitig als fraglich erscheinen läßt, ob sie überhaupt imstande sein wird, ihre früher eingegangenen Getreidelieferungsverpflichtungen an die Entente voll zu erfüllen, so erhalten diese Meldungen eine charakteristische Illustration durch die folgenden Ziffern, welche die Weizenankünfte in den Hauptstapelplätzen der Union während der drei Monate Juli, August und September angeben:

1917	rd. 1 575 000	Tonnen
1916	" 3 600 000	"
1915	" 3 200 000	"

Wie bereits früher bemerkt, erklärt man sich die Geringsfügigkeit der diesjährigen Weizenablieferungen ungeachtet des befriedigen-

den Ernteausfalles, aus dem Widerstreben der amerikanischen Farmer, ihren Weizen zum Höchstpreis herzugeben, und aus der spekulativen Erwartung, daß die Regierung — bei genügender Ausdauer auf Seiten der Farmer — schließlich doch genötigt sein werde, den Höchstpreis hinaufzusetzen. Vorläufig trägt jedenfalls das Verhalten der amerikanischen Farmer dazu bei, nicht nur die Ausfuhrfähigkeit, sondern vor allem auch die Ernährung der amerikanischen Bevölkerung sehr zu erschweren.

In Kanada wird — ebenso wie in allen zur Entente gehörigen Erzeugungsländern — die Trommel gerührt für eine stetige Vergrößerung des Anbaus. Die „Financial News“ vom 11. Oktober weisen auf die Fruchtbarkeit des kanadischen Bodens und die enorme Entwicklungsfähigkeit des Landes hin, indem sie betonen, daß der Weizenanbau allein in der Provinz Alberta von 42 582 acres im Jahre 1900 auf 1 549 075 acres im Jahre 1916 gestiegen sei, so daß der Grunderwerb in jenem Lande zur Bestäubung und Weizenerzeugung außerordentlich rentabel sein müsse.

Aus Australien berichtet man, daß die Kalamität der stockenden Ausfuhr sich immer unerträglicher fühlbar macht. Zwar sollen jetzt unter staatlicher Beteiligung tausend Silos erbaut werden mit einem Fassungsvermögen für je 1350 Tonnen Weizen; aber durch diese Art Hilfe fühlt sich der australische Landwirt wenig befriedigt, so lange seine Regierung es nicht ermöglicht, ihm für das Erzeugnis seines Bodens den Gegenwert in bar ebenso prompt zu erlegen, wie es früher der freie Handel getan hat. Daß man dem Farmer heute — sogar 18